

270 Milliarden Euro für das Verkehrsnetz

Kabinett legt Bundesverkehrswegeplan für die Jahre bis 2030 vor

Nach langen Diskussionen legt die Bundesregierung fest, wie sie das strapazierte Verkehrsnetz in den nächsten Jahren modernisieren will. In Südbaden gibt es mit Blick auf den Verkehrswegeplan Licht und Schatten.

Berlin/Offenburg (dpa/red). Straßen, Schienen und Wasserwege in Deutschland sollen bis 2030 mit fast 270 Milliarden Euro ausgebaut und besser in Schuss gehalten werden. Das sieht der neue Bundesverkehrswegeplan vor, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Das Konzept von Minister Alexander Dobrindt (CSU) legt einen Schwerpunkt auf den Erhalt der Netze und das Beseitigen von Staustrecken auf wichtigen Achsen. Knapp die Hälfte

aller Mittel ist für Bundesstraßen und Autobahnen vorgesehen, fast 42 Prozent für Bahnprojekte, der Rest für Flüsse und Kanäle. Von Umweltverbänden und Opposition kam Kritik.

Dobrindt sagte, der Plan mit rund 1000 Projekten sei »das stärkste Programm für die Infrastruktur, das es je gab«. Nach genauen Kostenschätzungen handle es sich auch finanziell um »realistische Planungen«. Vorrang vor neuen Projekten soll der Erhalt haben. Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer kritisierte den Plan als »eine unbezahlbare Wunsch-dir-was-Liste«. Klima und Umwelt seien »die große Leerstelle« darin.

Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) monierte die Konzentration auf den Straßenbau. »Am Ende ist es eine ewig lange Straßenbauliste«, sagte er gestern. »So wird man nicht

zum Klimaschutz beitragen.« Der Ausbau ländlicher Bahnstrecken wäre aus seiner Sicht wichtig gewesen, um mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Im vordringlichen Bedarf aufgelistet sind neben der Rheintalbahn die Ortsumfahrungen Elgersweier, Haslach und Lahr. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Ausbau der A5 nördlich von Heidelberg und südlich von Offenburg als nachrangig eingestuft wurde, teilte die Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, Irmgard Abt, mit. Freiburgs Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer freute sich aber über das Planungsrecht für den sechsspurigen Ausbau der A5 zwischen Offenburg und Freiburg.

SEITE 2: Kommentar und weitere Berichte